



# Amtsblatt der Stadt Köln

44. Jahrgang

G 2663

Ausgegeben am 20. November 2013

Nummer 47

## Inhalt

544	12. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln vom 13.11.2013	Seite 725
545	Nutzungszeiten der Reihengräber auf Kölner Friedhöfen	Seite 729
546	Einziehung der Leverkusener Straße in Köln-Flittard	Seite 729
547	Fortschreibung der Denkmalliste der Stadt Köln	Seite 730
548	Bekanntmachung Planfeststellungsverfahren gemäß §§ 28 ff. Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für eine Abstellanlage für 64 Stadtbahnfahrzeuge der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) auf dem Gelände der Hauptwerkstatt Weidenpesch der KVB und die zugehörige Zufahrtstrecke in Köln-Weidenpesch	Seite 732
549	Bekanntmachung über die Sitzung der Verbandversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Köln-Bonn am 03. Dezember 2013	Seite 733
Öffentliche Ausschreibung nach VOB		
550	Neubau Mensa Adalbertstrasse / Lustheider Strasse - Trockenbauarbeiten - 2013-2169-1-c	Seite 734
551	Öffentliche Ausschreibung nach VOB Apostelgymnasium Biggestraße - schlüsselfertiger Bau - 2013-2183-4-c	Seite 735
Öffentliche Ausschreibung nach VOL		
552	Städtische Museen und Außenstellen - Trinkwasseruntersuchungen - 2013-2174-4-q	Seite 735
553	Archäologische Zone, Containergestellung auf Abruf - 2013-2217-3-q	Seite 736

## 544 12. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln vom 13.11.2013

Der Rat der Stadt Köln hat am 01.10.2013 aufgrund des § 13 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 06.11.1984 (GV NRW S. 694) folgende Satzung beschlossen:

### § 1

#### Änderung der Satzung

Die Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln vom 16.10.2002 (ABl. Stadt Köln 2002, S. 439) – zuletzt geändert durch die 11. Änderungssatzung vom 09.05.2013 (ABl. Stadt Köln 2013, S. 335) – wird wie folgt geändert:

- Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
  - Die Überschriftangabe zu § 12a wird wie folgt gefasst:  
„§ 12a Personalgestellung“
  - Die Überschriftangabe zu § 15 wird wie folgt gefasst:  
„§ 15 Finanzieller Ausgleich beim Ausscheiden aus dem Abrechnungsverband I“
  - Nach der Überschriftangabe zu § 15 werden folgende Überschriftangaben eingefügt:  
„§ 15a Ausgleichsbetrag“  
„§ 15b Erstattungs- und Amortisationsmodell“
  - Nach der Überschriftangabe zu § 78 werden folgende Überschriftangaben eingefügt:  
„§ 79 Übergangsregelungen zu §§ 15 bis 15b“  
„§ 80 In-Kraft-Treten“
- § 6 wird wie folgt geändert:
  - In Absatz 1 Buchstabe k wird am Ende das Punktzeichen durch ein Kommazeichen ersetzt.
  - In Absatz 1 Buchstabe l wird am Ende ein Punktzeichen angefügt.
- § 10 wird wie folgt geändert:  
In Absatz 1 wird das Wort „Ministerium“ durch das Wort „Ministeriums“ ersetzt.
- § 12 wird wie folgt geändert:
  - In Absatz 2 Satz 1 Buchstabe a werden die Wörter „§ 15 Absatz 1“ durch die Wörter „§ 15a Absatz 1 und der verfallbaren Anwartschaften aus den am Stichtag bestehenden Pflichtversicherungen“ ersetzt.
  - In Absatz 2 Satz 1 Buchstabe b werden vor dem Wort „Anwartschaften“ die Wörter „künftigen Ansprüche und“ eingefügt.
  - Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:  
„<sup>2</sup>Als Stichtag gilt der Tag des Ausscheidens; § 15a Absatz 2 und 3 gelten entsprechend.“
  - In Absatz 3 Satz 3 wird der Verweis auf § 15 der bisherigen Satzung durch den Verweis auf § 15a ersetzt.
- § 12a wird wie folgt geändert:
  - In der Überschrift werden die Wörter „Übertragung von Arbeitsverhältnissen und“ gestrichen.
  - Absatz 1 wird gestrichen.



#### 548 Bekanntmachung

**Planfeststellungsverfahren gemäß §§ 28 ff. Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für eine Abstellanlage für 64 Stadtbahnfahrzeuge der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) auf dem Gelände der Hauptwerkstatt Weidenpesch der KVB und die zugehörige Zulaufstrecke in Köln-Weidenpesch**

Die Kölner Verkehrs-Betriebe AG hat für das o. a. Bauvorhaben die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens gemäß §§ 28 ff. Personenbeförderungsgesetz (PBefG) beantragt.

Es ist geplant, auf dem Gelände der Hauptwerkstatt Weidenpesch der Kölner Verkehrsbetriebe AG eine Abstellanlage für 64 Stadtbahnfahrzeuge zu errichten. Auf 16 Gleisen sollen jeweils vier Fahrzeuge abgestellt werden können. Die Gleise der Abstellanlage werden mit Betriebsbahnsteigen ausgestattet, die durch drei Dienstwege miteinander verbunden sind.

Vier der Gleise sind für die Besandung der Stadtbahnfahrzeuge vorgesehen. Direkt anschließend an die Abstellanlage soll eine Waschanlage erstellt werden.

Die Betriebsbahnsteige sind in einer Höhe von 20 cm über Schienenoberkante (SO) vorgesehen und verfügen über eine Nutzlänge von 58 m. An beiden Enden sind jeweils 4 m lange Rampen mit einer Neigung von 5 % geplant.

Die Nutzbreite der Betriebsbahnsteige beträgt mindestens 1,35 m. Die Nutzbreite der Bahnsteige, die auch zum Besanden genutzt werden sollen, beträgt mindestens 1,35 m. bzw. 2,13 m, wenn auf beiden Seiten des Betriebsbahnsteiges Fahrzeuge besandet werden sollen.

Die Abstellanlage, die Waschanlage sowie die Gleisharfe werden mit einer Halle eingehaust.

Die zweigleisige Zulaufstrecke zur geplanten Abstellanlage wird etwa 100 m südlich der Überführung über die Gleise der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) in beide Fahrtrichtungen mit der bestehenden Gleistrasse der Stadtbahnstrecke auf der Neusser Straße verbunden. Sie verläuft am südlichen Rand des geschützten Landschaftsbestandteils entlang nach Westen, quert niveaugleich die Straße „Simonskaul“ und verläuft dann weiter bis zur Abstellanlage auf dem Gelände der Hauptwerkstatt Weidenpesch. Dabei nutzt Sie auf einer Länge von ca. 200 m die bereits bestehende Trasse des Anschlusses an das HGK-Netz. Die Zulaufstrecke hat eine Gesamtstreckenlänge von ca. 825 m.

Die Querung der Straße „Simonskaul“ liegt ca. 40 m östlich des heutigen Bahnübergangs. Sie wird zukünftig durch Halbschranken und Signale gesichert.

Der Fußweg entlang der westlichen Seite der Neusser Straße wird in seinem Verlauf geringfügig verändert. Der Fußgängerweg führt nahezu gerade über die Gleise, jedoch werden die Fußgänger selbst durch Umlaufsperrn in ihrer Gehgeschwindigkeit reduziert und so gelenkt, dass ihr Blick möglichst in Richtung einer entgegenkommenden Stadtbahn gerichtet ist. Die Überquerungen werden durch Rot-/Dunkelsignale gesichert.

Die Ein- und Ausrückfahrten der Stadtbahnen werden in der Regel zu Betriebsbeginn bzw. Betriebsende erfolgen.

Die Zuwegung zur Kleingartenanlage an der HGK-Strecke wird zukünftig über eine Treppe und alternativ über eine barrierefreie Rampe entlang der nördlichen Anbindung der Gleise möglich sein.

Die Einzelheiten des Vorhabens sind den ausgelegten Planunterlagen zu entnehmen.

#### Die Planunterlagen liegen in der Zeit

**vom 25.11.2013 bis zum 06.01.2014 einschließlich**

bei der Stadtverwaltung Köln, Amt für Brücken und Stadtbahnbau, Stadthaus, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, 6. Etage, Riegel C, Zimmer Nr. B 64 während der Dienststunden

montags, mittwochs, donnerstags	8 bis 16 Uhr
dienstags	8 bis 18 Uhr
freitags	8 bis 12 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Mit der Offenlage der Planunterlagen erfolgt gleichzeitig die Anhörung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Bauvorhabens nach § 9 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Hierdurch soll jedermann Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden, dessen Belange von der Planung berührt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Planfeststellung alle nach anderen Rechtsvorschriften notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmung und Planfeststellungen ersetzt und dass durch sie alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Baulastträger und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt werden.

Einwendungen gegen den Plan können bei der Stadtverwaltung Köln, Amt für Brücken und Stadtbahnbau, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln oder bei der Bezirksregierung Köln, Dezernat 25, Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis zum 20.01.2014 einschließlich, schriftlich oder zur Niederschrift erhoben werden.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist sind Einwendungen gegen den Plan ausgeschlossen (§ 29 Abs. 4 PBefG).

Die Erhebung einer fristgerechten Einwendung setzt voraus, dass aus der Einwendung zumindest der geltend gemachte Belang und die Art der Beeinträchtigung hervorgehen, die Einwendung unterschrieben und mit einem lesbaren Namen und mit einer Anschrift versehen ist. Einwendungen ohne diese Mindestanforderungen sind unbeachtlich.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu bezeichnen. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Anderenfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben.

Die rechtzeitig gegen den Plan erhobenen Einwendungen werden in einem noch festzusetzenden Termin mit allen Beteiligten erörtert. Diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben bzw. bei gleichförmigen Eingaben der Vertreter, werden von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind außer der Benachrichtigung der Behörden und des Trägers des Vorhabens



mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese Benachrichtigungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Vertretung im Erörterungstermin durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Ausbleiben eines Beteiligten (Betroffenen) im Erörterungstermin auch ohne ihn verhandelt werden kann und dass das Anhörungsverfahren mit Abschluss des Erörterungstermins beendet ist. Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Bestellung eines Vertreters entstehende Kosten können nicht erstattet werden.

Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

Von Beginn der Auslegung der Planunterlagen an dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wertsteigernde oder die geplante Baumaßnahme erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden (**Veränderungssperre § 28a PBefG**).

Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise vorher begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden davon nicht berührt. Unzulässige Veränderungen bleiben bei der Anordnung von Vorkehrungen und Anlagen und im Entschädigungsverfahren unberücksichtigt.

Über Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, wird nicht im Planfeststellungsverfahren, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren entschieden.

Köln, den 12.11.2013

Stadt Köln  
Der Oberbürgermeister  
Amt für Brücken und Stadtbahnbau  
Im Auftrag  
gez. Gerd Neweling, Amtsleiter

## Tagesordnung

### A. Öffentliche Sitzung:

1. Begrüßung, Informationen zum Sitzungsablauf, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit, Beschlussfassung über die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher oder in nicht-öffentlicher Sitzung sowie Anerkennung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Zweckverbandsversammlung vom 16. April 2013
3. Vorlage des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Sparkasse KölnBonn für das Geschäftsjahr 2012 an die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn sowie Beschlussfassung der Zweckverbandsversammlung über die Entlastung der Organe der Sparkasse KölnBonn
4. Beschlussfassung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn auf Vorschlag des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn über die Verwendung des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2012 der Sparkasse KölnBonn
5. Feststellung des geprüften Jahresabschlusses des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn zum 31. Dezember 2012 nebst Anhang und Billigung des Lageberichtes sowie Beschlussfassung der Zweckverbandsversammlung über die Entlastung des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters
6. Erlass der Haushaltssatzung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn für das Haushaltsjahr 2014 auf der Basis der Vorschriften der §§ 75 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sowie des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW
7. Genehmigung der durch den Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn beschlossenen Wiederbestellung von Herrn Dr. Joachim Schmalz als Mitglied des Vorstandes der Sparkasse KölnBonn

### 8. Mitteilungen und Anfragen

### B. Nicht-öffentliche Sitzung

9. Genehmigung der Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung der Zweckverbandsversammlung vom 16. April 2013
10. Verschiedenes

Zweckverband Sparkasse KölnBonn

Guido Déus  
Vorsitzender der  
Zweckverbandsversammlung

Jürgen Roters  
Vorsteher des  
Zweckverbandes

## **549 Bekanntmachung über die Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn am 03. Dezember 2013**

Am Dienstag, dem 03. Dezember 2013 um 18:00 Uhr findet im Ratssaal im Rathaus Beuel, Friedrich-Breuer-Straße 65, 53225 Bonn, eine Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn statt.